

Reaktion von Greenpeace zur Einführung des Gesetzes über die zivilrechtliche Haftung bei nuklearen Zwischenfällen

Luxemburg, der 27. Mai 2020 - Greenpeace begrüßt die Einführung des neuen Gesetzes zur nuklearen Haftung.

Seit der Katastrophe in Fukushima im Jahr 2011 verlangte Greenpeace von unterschiedlichen Regierungen die Ausarbeitung eines solchen Gesetzes. Internationale Konventionen in Bezug auf einen etwaigen nuklearen Unfall schützten nicht die Opfer vor einem derartigen Vorfall, sondern vielmehr die Betreiber der Atomzentralen.

“Alternde Atomanlagen sowie die Pläne zur Laufzeitverlängerung der Reaktoren in Cattenom und weiteren Städten Frankreichs reduzieren nicht nur die erforderlichen Sicherheitsmargen, sondern steigern ebenfalls das Unfallrisiko.”, erklärt Roger Spautz, Atomkämpfner bei Greenpeace.

Die Organisation fordert die Regierung auf, Maßnahmen gegen die Laufzeitverlängerung von Reaktoren in den Nachbarländern sowie gegen den Plan zur geologischen Tiefenlagerung von radioaktiven Abfällen nahe der luxemburgischen Grenze zu ergreifen.

Kontakt

Roger Spautz, Atomkämpfner, Greenpeace Luxembourg, (+352) 621 233 361,
roger.spautz@greenpeace.org

GREENPEACE